

DIE LINKE.



Friedberg
September/Oktober 2025

Unser Antrag im Stadtparlament:

Eine Quote für Sozialwohnungen

In der Stadtverordnetenversammlung am 3. Juli 2025 wurde ein Antrag der Linken aus dem Jahr 2019 zu einer verbindlichen Sozialwohnungsquote behandelt. Wir forderten in diesem Antrag, dass in jedem neu ausgeschriebenen Baugebiet mindestens 30 Prozent Sozialwohnungen entstehen müssen.

Wie zu erwarten, wurde der Antrag mehrheitlich von den konservativen Parteien abgelehnt. CDU, Freie Wähler und FDP halten eine Sozialwohnungsquote für ein Abschreckungsmittel gegen Investoren.

Um was geht es denn hier eigentlich? Geht es um die Gewinne von Investoren oder um das Menschenrecht auf Wohnen? Jedenfalls zeigt die Entwicklung, dass der Wohnungsmarkt rein gar nichts regelt. Investoren wollen mit Wohnraum den größtmöglichen Gewinn machen. Das führt zu explodierenden Mieten

und zum Bau von Eigentumswohnungen. Um dieser Gier einen Riegel vorzuschieben, sind verbindliche Sozialwohnungsquoten zwingend notwendig. Friedberg liegt im Speckgürtel von Frankfurt. Das führt auch hier zu ausufernden Mietpreisen.

Wie eine Studie zeigt, die von der Bad Nauheimer Wohnungsbaugesellschaft in Auftrag gegeben wurde, liegt die Kaltmiete in Friedberg durchschnittlich bei 12,60 Euro. Das Jahreseinkommen liegt im Durchschnitt bei 23.800 Euro für

Weiter auf Seite 2

Ein Tunnel unter dem Bahnhof

Die Linke unterstützt den Vorschlag der Stadtverwaltung und der Bahn, unter dem Bahnhof eine Tunnelverbindung nach Fauerbach zu bauen.

Lesen Sie Seite 3

Verkleinerung des Stadtparlaments und D'Hont-Auszählverfahren

Bei Wahlen wurde bisher in Hessen das Hare Nie-meier Verfahren angewendet. Dieses Auszählverfahren rundet Wahlergebnisse eher auf, was kleineren Parteien und Wählerinitiativen zu Gute kommt. Jetzt soll es durch das d'Hont-Verfahren ersetzt werden, das große Parteien bevorzugt

Fortsetzung auf Seite 3

Fortsetzung von Seite 1

Eine Quote für Sozialwohnungen

eine Person. Somit ist in Friedberg eine Kaltmiete von durchschnittlich 610 € für eine 50 qm große Wohnung an der Grenze dessen, was als bezahlbar gilt. Laut dem Mieterbund ist eine Wohnung bezahlbar, wenn die Miete unter 30 Prozent des Haushaltseinkommens liegt. Oft bezahlen Haushalte 40 bis 50 Prozent ihres Einkommens für die Wohnung! Dazu sind die Lebenshal-

tungskosten enorm gestiegen und viele Menschen wissen nicht mehr, ob am Ende des Monats noch genug Geld für Essen da ist. Das ist ein Zustand, den wir nicht hinnehmen können. Auch wenn unser Antrag im Stadtparlament abgelehnt wurde, bedeutet das nicht, dass wir aufgeben. Wir werden den Antrag erneut stellen. Denn Wohnraum ist kein Spekulationsobjekt.

Zensus Klage durch das Stadtparlament abgelehnt

Dass die Bundes- und Landesregierung die Städte und Gemeinden finanziell am langen Arm verhungern lässt, ist kein Geheimnis. Nicht nur, dass die Kommunen immer mehr Pflichtaufgaben erfüllen müssen und dafür ungenügend bis gar nicht finanziell entlastet werden. Jetzt hat der Zensus auch noch die finanzielle Situation der Stadt Friedberg verschlechtert.

Bei der Zählung wurden die Einwohnerzahlen deutlich nach unten gestuft. Begründet wurde das unter anderem mit dem ständigen Wechsel der Personen in der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes Hessen für Geflüchtete. Die Verwaltung beantragte in der Stadtverordnetenversammlung, eine Klage gegen diese Entscheidung einzureichen. Vermutlich

Bernd Baier verlässt das Stadtparlament

Bernd Baier verlässt das Stadtparlament. Wir bedanken uns für sein politisches Engagement. Bernd vertrat die Linke fünf Jahre im Magistrat und vier Jahre als Stadtverordneter.

Für ihn nachgerückt ist Suna Şengül.

Gemeinsam mit Anja El Fechtali und Fatma Demirkol wird sie bis zu den Kommunalwahlen am 15. März 2026 die linke Fraktion bilden.



wäre diese Klage ohne Erfolg. Doch die Stadtverwaltung wollte ein politisches Statement setzen und auf die Unterfinanzierung der Stadt Friedberg aufmerksam machen.

Das Abstimmungsergebnis in der Stadtverordnetenversammlung war negativ. Die Mehrheit traute sich nicht, zu klagen.

Die einzige Fraktion, die das Ansinnen der Verwaltung umfänglich unterstützte, war die Linke.

Fortsetzung von Seite 1

Ein Tunnel unter dem Bahnhof

Vor einigen Monaten stellte die Bahn den Abgeordneten im Stadtparlament die Idee vor, unter dem Bahnhof einen Tunneldurchbruch nach Fauerbach zu bauen. Die Linke unterstützt dieses Vorhaben. Trotz der Kosten für die Stadt.

Die Bahn stellte drei verschiedene Varianten für diesen Tunnel vor, die unterschiedlich teuer sind. Die Stadt Friedberg müsste sich mit einem Eigenanteil an den Kosten beteiligen. In der anschließenden Diskussionsrunde zeichnete sich ab, dass nicht alle Fraktionen einen Durchbruch wollen. Zu teuer, unnötig und ein Luftschloss waren nur einige der Gegenargumente. Einige Stadtverord-

nete wiesen darauf hin, dass es andere wichtige Projekte in Friedberg zu finanzieren gibt. Und dass die Stadtkasse nicht gerade übervoll ist, ist auch kein Geheimnis. Trotzdem unterstützen wir den Vorschlag der Stadtverwaltung und der Bahn zu einem barrierefreien Durchbruch Richtung Fauerbach.

Nicht nur, dass es den Menschen, die in Fauerbach leben, einen siche-

ren und schnelleren Weg zur Innenstadt ermöglicht. Es wird mit dem Durchbruch auch eine Radwegverbindung geschaffen.

Die neue Unterführung ermöglicht es Menschen, die in der Innenstadt leben, schnell und ohne ihr Auto die Lebensmitteldiscounter in Fauerbach zu erreichen.

Auch ergeben sich zukünftig neue Möglichkeiten, das Park und Ride Angebot der Bahn auszuweiten. Vielleicht wäre es sogar für die Discounter ein netter Nebenverdienst, Park und Ride Parkplätze anzubieten.

Für Friedberg wäre dieser Tunnel ein Gewinn.

Fortsetzung von Seite 1

Verkleinerung des Stadtparlaments und D'Hont-Auszählverfahren

Mit der Entscheidung für d'Hondt zeigt die Landesregierung aus CDU und SPD, dass sie nicht viel von Demokratie hält. Offensichtlich stört die Opposition.

Noch dazu ist geplant, die Stadtverordnetenversammlung in Friedberg zu verkleinern. Dieses Vorgehen schränkt die viel beschwo-

rene Demokratie noch weiter ein. Mit einer Verkleinerung des Parlaments werden kleine Parteien stark benachteiligt. Gibt es weniger Sitze in der Stadtverordnetenversammlung, brauchen die Parteien prozentual mehr Stimmen, um einen Sitz zu erhalten.

Das Stadtparlament sollte aber die verschiedenen Be-

völkerungsschichten und Interessen in einer Stadt widerspiegeln. Durch die geplanten Veränderungen haben es Minderheiten erheblich schwerer, ins Stadtparlament einzuziehen.

Auch die Linke wäre betroffen. Wir werden deshalb alles versuchen, diese Benachteiligung zu verhindern. Die sozialen Belange der Bevölkerung gehören mit lauter Stimme in die Parlamente!

FDP Friedberg sorgt sich um Sparbücher von einkommenschwachen Familien

Häme und Respektlosigkeit

In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 8. Mai stand ein Antrag der FDP auf der Tagesordnung. Allein der Titel lässt schon aufhorchen: „Stärken statt stützen: Finanzielle Beratung für Einkommenschwache Familien“. Dass Sparen keine Disziplin bei den Bundesjugendspielen ist, bei denen die einen ein bisschen gestützt werden müssen, die anderen nicht - geschenkt. Was aber auf die Überschrift folgte, ist an Häme und Respektlosigkeit nicht zu überbieten: Soziale Hilfen will man kürzen und bedürftigen Menschen soll das Sparen beigebracht werden. Die FDP stellte fest: „Einkommenschwache Haushalte haben negative Sparquoten“. Für diese bahnbrechende Erkenntnis wurden gleich drei Studien zitiert. Woher soll ein FDP-ler

denn sonst wissen, welche Probleme die 20 Prozent der Bevölkerung haben, die arm sind oder von Armut bedroht?

Und das ist die Schlussfolgerung à la FDP: Diese Menschen haben „relativ geringe finanzielle Kenntnisse“, es bedarf einer „individuellen finanziellen Bildung und der Optimierung der privaten Haushaltsführung.“ Aaaaah ja!

Finanzielle Bildung scheint es bei der FDP auch recht wenig zu geben, tut sich doch die Frage auf, wo das Geld zum Sparen herkommen soll. Kein Wort von Niedriglöhnen, viel zu hohen Mieten und steigenden Lebenshaltungskosten. Die FDP Friedberg hat wohl in den vergangenen Jahren nicht viel von Inflation und Co. mitbekommen.

Vielleicht hätte man diesen Antrag im Hause FDP weg optimieren und sich

stattdessen mit den wirklich wichtigen Fragen befassen sollen. So beispielsweise, wie man Menschen aus einkommenschwachen Haushalten vor der Armut bewahren kann?

Unser Vorschlag: Höherer Mindestlohn, tarifgebundene Arbeit, bezahlbare Wohnungen, erschwingliche Energiekosten und ganz aktuell einen Friedberger Sozialpass!

Aus unserer Perspektive ist der Antrag nicht nur ein politisches Armutszeugnis sondern auch eine Absage an die Menschlichkeit.

Ein kleiner Trost, dass sich dies wenigstens in den aktuellen Umfragewerten widerspiegelt.

Gute Nacht FDP.



Herausgeber:

DIE LINKE. Wetterau

**ViSdP.: Lukas Freiberger,
Friedberg.**

e-mail: info@die-linke-wetterau.de

**Infos zur Kommunalpolitik
finden Sie auf
www.die-linke-wetterau.de**